

have argued, everything depended on Gorbachev's reforms or, in Peterson's words, "Carter and Reagan could not have done much more to promote human rights in the USSR before he became General Secretary in 1985" (p. 11). In addition, the focus on the human dimension of the Helsinki agreement is not balanced by an adequate discussion of the other issues which complicated bipolar affairs and the end of the Cold War (arms control, the Ogaden War, Afghanistan, Reagan's star wars, just to mention the most known).

Nevertheless, Peterson's "Globalizing Human Rights" remains as a first-rate piece of scholarship and an important contribution both for our understanding of the role of human rights in late Cold War and for those researches aiming at intertwining diplomacy and grassroots activism.

Notes:

- 1 J. Ikenberry, Human Rights Activism and the End of the Cold War, in: *Foreign Affairs* 91 (2012), 1; D. C. Thomas, *The Helsinki Affect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton 2001; S. Snyder, *Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network*, Cambridge 2011.
- 2 J. Hanhimäki, Conservative Goals, Revolutionary Outcomes: the Paradox of Détente, in: *Cold War History* 8 (2008) 4, pp. 503-512.
- 3 Among many others: C. Upodaca, *Understanding U.S. Human Rights Policy. A Paradoxical Legacy*, Routledge 2006; S. Moyn, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge 2010.

Alexander J. Schwitanski (Hrsg.):
„Nie wieder Krieg“. Antimilitarismus
und Frieden in der Geschichte der So-
zialistischen Jugendinternationale (=
Archiv der Arbeiterjugendbewegung,
Schriftenreihe Bd. 21), Essen: Klartext
Verlag, 2012, 136 S.

Rezensiert von
 Gerd Callesen, Wien

Aus Anlass des 100. Jahrestages der Gründung der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen (IVSJ) 1907 organisierte das Archiv der Arbeiterjugendbewegung eine Tagung. Ihr Anliegen bestand u. a. darin, Anregungen für weitere Forschungen auf dem Gebiet der Jugendinternationale zu geben. Einige der Referate liegen nun in überarbeiteter Form vor.

Einleitend werden große Forschungslücken konstatiert, die einer Gesamtübersicht über die verschiedenen Arbeiterjugendinternationalen entgegen stehen. Die Tagung konzentrierte sich aus diesem Grund auf ein Teilthema, den Antimilitarismus. Auch hier beansprucht die Veröffentlichung nicht, alle Aspekte dieses Problems der Jugendinternationale auszuleuchten, sondern lässt den Autoren freie Hand, um ihre Fragestellung und evtl. Forschungslücken aufzuzeigen. Das letztere Problem steht allerdings nicht im Zentrum der Ausführungen.

Eine Ursache dafür könnte sein, dass wesentliche Quellentext-Ausgaben und Bibliographien den Verfassern unbekannt

geblieben sind. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die überlieferten Veröffentlichungen der IVSJ im Internet zugänglich gemacht.¹ Die zentralen Texte der IVSJ 1907–1919 sind hier erreichbar. Die FES-Bibliothek hat außerdem die bibliographisch erfassten und mit Angaben zu den Standorten versehenen Drucksachen der Nachfolgeorganisationen bis zum Jahr 2000 veröffentlicht.² Es ist mehr als ärgerlich, dass diese Hilfsmittel zur Entwicklung der Jugendinternationalen und weiterer mit ihnen verbundener Internationalen nicht berücksichtigt worden sind. Einige Feststellungen in den Aufsätzen hätten wahrscheinlich differenzierter dargestellt werden können, z. B. ist der Rücktritt Karl Liebknechts von seinem Präsidentenamt vermutlich auch auf die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der IVSJ und vor allem mit dem Sozialistischen Bureau um das Statut vor dem Kopenhagener Kongress zurückzuführen. Das Bureau wollte sich die IVSJ unterordnen, was mehrere der nationalen Organisationen strikt ablehnten. Diese Auseinandersetzungen wurden in den folgenden Jahren weiter geführt. Gewiss hat das weniger mit dem Thema „Antimilitarismus“ zu tun, allerdings wird Liebknechts Rücktritt nur in Verbindung mit der Neustrukturierung der Jugendarbeit der deutschen Bewegung nach Annahme des Reichsvereinsgesetzes von 1908 gebracht (S. 27) – zu Recht, jedoch war es kaum die einzige Ursache.³ Bei weiteren Analysen sollte als Quelle nicht nur die Erinnerung von Münzenberg (S. 9, Anm. 2) herangezogen werden, sondern auch die zwei Bände von Richard Schüller und Alfred Kurella zur Geschichte der Jugendinternationale. Sie enthalten ebenfalls zentrale Dokumente, die anson-

sten nur schwer erreichbar sind. Weiterhin müssen die Archive der drei skandinavischen Mitglieder der Internationale benutzt werden, weil in ihnen wesentliches Material zur Entwicklung IVSJ – z. B. bei der Wiederaufnahme der Arbeit um die Jahreswende 1914/1915 – wie auch der späteren Sozialistischen Arbeiterjugendinternationale zu finden ist. Da diese drei Verbände in der Zeit 1945 bis mindestens 1968 eine zentrale Rolle in der IUSY spielten, dürften sie auch für diese Periode wichtiges Material enthalten. Diese Angaben sind nicht als Kritik der angeführten Literatur gedacht, sondern als Ergänzung, die gewiss weiter ausgeführt werden könnte.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen versucht sich mit einem Überblick über die Geschichte der sozialistischen/sozialdemokratischen Jugendinternationalen von 1907 bis 1939 (S. 17 – 56). Er gibt einen eher linearen Überblick über die Entwicklung der Internationale und greift weniger die vorhandenen Probleme der Geschichtsschreibung auf. Dabei kommt es zu Fehlern. Auf den Seiten 49 bzw. 51 wird über Diskussionsbeiträge von O. F. Kanitz auf dem Kopenhagener Kongress der SJI 1935 berichtet; weiter wird ihm ein Bericht vom Kongress der spanischen Organisation 1937 zugeschrieben – Kanitz hatte sich jedoch schon im Oktober 1934 aus der SJI zurückgezogen.⁴

Guido Grünwald gibt eine differenzierte Einschätzung der unterschiedlichen pazifistischen Richtungen im Deutschen Reich zwischen 1900 und 1933 (S. 57-77). Gerd-Rainer Horn, der vor einigen Jahren eine Studie zur Auseinandersetzung der europäischen sozialdemokratischen Parteien mit dem Faschismus veröffentlicht hat,

trägt im Band mit einer Studie der innerorganisatorischen Diskussionen der SJI über den Kampf gegen den Faschismus bei. Bei den Parteien der SAI entstand etwa 1933–1935 eine Pause in der kontinuierlichen Entwicklung der reformistischen Parteien zu einer Position in der politischen Mitte. Die Niederlage der SPD und der SPÖ gegenüber dem Nationalsozialismus bzw. dem Klerikalfaschismus führte zu einem „Höhepunkt sozialdemokratischer Experimentierfreudigkeit in den 1930er Jahren“ (S. 80). Eine entsprechende Situation trat in der SJI auf, als die etwas militanteren Jugendorganisationen – der „lateinische Block“ – eine neue politische Linie forderte. In den Jahren 1934–1936 führte dies zu einer Krise in der SJI, die schließlich kurz vor einer Spaltung stand. Was der „lateinische Block“ forderte, war eine Politik der Einheitsfronten. Horn ist bekannt, dass die Einheitsfront Anfang der 1920er Jahre eine offensive Politik kommunistischer Parteien war; vermutlich mangels besserer Unterscheidungsmöglichkeiten benutzt er wieder diesen, in einer anderen politischen Umgebung entstandenen Begriff, jedoch eben in der Mehrheit „Einheitsfronten“, vielleicht auch, weil es sich hier um lokal oder regional abgeschlossene Bündnisse etwas unterschiedlichen Charakters handelt. Es ist ein etwas unglücklicher Entschluss, denn er verschleiert mehr als er deckt. Ansonsten legt Horn eine detaillierte, durch Literatur und Archivmaterial gut abgesicherte Studie vor. Die „lateinische“ Opposition kapitulierte relativ schnell vor der reformistischen Mehrheit in Nord- und Westeuropa, für die schon die nach 1934/1936 entstandene Politik der Volksfront zu radikal war. Eine befriedigende Erklärung der Kapitulation zu finden, ist

eine noch zu erfüllende Aufgabe, wenn gleich sie auf Grund fehlender Unterlagen nur schwer zu erfüllen ist.

Horns These der Pause in der ansonsten unaufhaltsamen Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung in die Mitte des politischen Spektrums fand Ende der 1970er Jahre eine Parallele. In einigen sozialdemokratischen Parteien wurden programmatische Fragen diskutiert und neue Entwürfe zur Überwindung des Kapitalismus entwickelt. Eine Art Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Wahl François Mitterands zum französischen Präsidenten – sie starb allerdings schnell, und die weitere Entwicklung hat die These bestätigt.

Alexander J. Schwitanski untersucht in „Antimilitarismus als internationaler Dialog“ (S. 101–124) den Versuch der CIA, die IUSY in den antikommunistischen Kreuzzug einzuspannen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Kampf der IUSY und der ihr angeschlossenen Organisationen nicht durch die CIA erkaufte wurde, sondern vielmehr der eigenen Überzeugung entsprach (S. 121, 124). Diese Überzeugung war schon in den 1920er Jahren entstanden und hatte in wesentlichen Mitgliedsorganisationen einen stabilen Rückhalt. Des Generalsekretärs dieser Jahre, Jan Hækkerup, „Verbrechen“ bestand darin, dass er CIA-Gelder ohne Konsultationen mit seinem Vorstand annahm.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Karl Lauschke in seinem Beitrag „Die Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung“ (S. 125–134). Sowohl die AFL wie auch die freien Gewerkschaften Europas entschieden sich aus Eigeninteresse für einen Kurs der Ablehnung der Zusammenarbeit im

Weltgewerkschafts-Bund (WGB). Das ist zweifelsohne korrekt – auch noch so viele CIA-Millionen hätten nicht die Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale ermöglicht, wenn nicht starke Kräfte in diesen Gewerkschaften es gewollt hätten. Das Komitee zur Abwicklung des alten Internationalen Gewerkschaftsbundes war so zugleich eine Art Vorbereitungsgruppe für die Neugründung eines „westlichen“ Gewerkschaftsbundes. Es gibt eine Reihe schwedischer Arbeiten, u. a. des Historikers Klaus Misgeld, die in diesem Zusammenhang Wesentliches beitragen, hier aber nicht benutzt werden.

Nach Lauschkes Einschätzung sollte der politische Einfluss der CIA nicht zu hoch bewertet werden (S. 134). Jedoch lässt er die Zusammenarbeit zwischen der US-Regierung und AFL-CIO etwa 1958 enden, andere Wissenschaftler (Robert Waters/Gordon O. Daniels) haben festgestellt, dass sie zumindest in Guyana noch weitere zehn Jahre auf einer gemeinsamen Grundlage funktionierte, für die demokratische Entscheidungen der Bevölkerung ohne Relevanz waren. Lauschkes Auffassung nach waren AFL bzw. AFL-CIO nicht Werkzeuge der US-Regierung, sondern sie verfolgten eigenständige gewerkschafts-politische Ziele: gewerkschaftliche Kooperation auf einer nicht-politischen Grundlage. Diese Zusammenarbeit umfasste allerdings auch die weitgehend sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsbewegung im kontinentalen Europa. Es gibt offenbar auf diesem Gebiet noch viel zu tun, um zu einem besseren Verständnis der widerspruchsvollen Entwicklung zu gelangen, und es ist ärgerlich, dass die Chance hier nicht den Möglichkeiten entsprechend aufgegriffen wurde.

Anmerkungen:

- 1 <http://library.fes.de/si-online/jugend-intro-dt.html>
- 2 <http://library.fes.de/library/english/si.html>
- 3 Siehe etwa A. Laschitzka: Die Liebknecchts, S. 115-120.
- 4 E. Wittmann: Zwischen Krieg und Faschismus. Die SJI 1932–1940, S. 48 (Anm. 61).

**Ralf Roth / Karl Schlögel (Hrsg.):
Neue Wege in ein neues Europa.
Geschichte und Verkehr im 20. Jahr-
hundert, Frankfurt am Main: Campus
Verlag, 2009, 555 S.**

Rezensiert von
Ralph Kaschka, Berlin

Das Thema Europa hat in der Geschichtswissenschaft nach wie vor Konjunktur. Hier reiht sich auch der anzuzeigende Band über den Bereich Verkehr im europäischen Kontext für das 20. Jahrhundert ein. Die Aufsatzsammlung ist Resultat einer Tagung aus dem Jahr 2007. Es sind nicht weniger als 26 Beiträge vereinigt, die in fünf etwa gleich großen, thematisch unterschiedlichen Kapiteln aufgegliedert sind. Nach einer Einleitung der Herausgeber enthält Kapitel I allgemeinere Ausführungen zum Verhältnis von Verkehr und der Geschichte Europas; Kapitel II bietet eine Betrachtung der Historie des Kontinents aus verkehrsgeschichtlicher Perspektive; Kapitel III erfasst das Geschehen im Verkehrswesen während Erstem und Zweitem Weltkrieg mit Schwerpunkt auf der Eisenbahn; Kapitel IV greift kulturhi-